





ÜBER DIE ROLLE DER HOCHSCHULE IN KRISENHAFTEN ZEITEN

Nicht nur die Nachwehen der Pandemie, auch Energiekrise und Inflation erschweren das Leben für Studierende. Wir müssen die Krise nutzen, um Hochschulen als Räume des solidarischen Miteinanders nach unseren Bedürfnissen zu gestalten.

ie Installation "2 Diwane" im Fachbereich Kunstpädagogik der Frankfurter Goethe-Universität zeigt zwei gemütliche Sofas, eine alte Lampe und eine Tafel, auf der in geschwungenen Buchstaben steht: "Was willst du?" Diese Frage stellt sich aktuell allen Studierenden besonders deutlich. Die gemütliche Sitzecke wird gerne und oft genutzt – und ist eine Oase im Vergleich zum sterilen Neubau der Sprach- und Kulturwissenschaften. Und so schreiben einige auf die Frage "Was willst du?": "Wände bemalen", "ne Gitarre" und "gratis Mate". Natürlich ist es ein ironischer Schachzug der Künstler*innen, dass das, was Studierende wirklich brauchen, in dem neuen Gebäude nur in Form einer Ausstellung Raum findet. Die Universität hat sich verändert. Zwei (oder mehr) Jahre Studium im Home-Office sind nicht spurlos an der Studierendenschaft vorbeigegangen.

Uni muss mehr sein als Hörsäle

Seit dem letzten Wintersemester finden die meisten Veranstaltungen zum Glück wieder in Präsenz statt und die Schlangen vor den Mensen sind wieder so lang wie vor der Pandemie. Aber trotzdem ist nicht alles so unbeschwert wie zuvor. Wer in den vergangenen Jahren angefangen hat zu studieren, hat im

Oktober 2022 vielleicht zum ersten Mal den Campus gesehen. Diese Veränderungen wirken sich auch auf die studentische Selbstverwaltung aus.

Die Studierendenschaft war in der Selbstverwaltung der Hochschulen schon immer die Statusgruppe, die am stärksten von Fluktuation betroffen ist. Vor dem Hintergrund der akademischen Selbstverwaltung stellt das – neben anderen Machtungleichheiten wie der professoralen Mehrheit – ein Problem dar, um Hochschulen tatsächlich demokratisch zu organisieren. Da die wichtigen Entscheidungen für Forschung und Lehre alle Statusgruppen betreffen, sollten aber auch alle Gruppen an den Entscheidungsprozessen teilhaben können. Während es für die Gruppe der Professor*innen kein Problem ist, strategisch für die nächsten Jahre zu planen, habe ich in jeder studentischen Gruppe die gleichen Gespräche geführt: Wie sammeln wir unser Wissen und wie können wir es weitergeben? Etliche Wikis wurden erstellt und Clouds gefüllt, aber die Übergänge zwischen den Generationen der Aktiven waren meist holprig Doch dadurch, dass viele Erstsemester gar nicht erst nach Frankfurt gezogen sind und sich vieles ins Private verschoben hat, kommen zu diesen klassischen Problemen der autonomen Selbstverwaltung weitere Schwierigkeiten hinzu. Wer höchstens für die Veranstaltungen und vielleicht einen Nachmittag in die Bibliothek kommt, nimmt die Universität mehr als Dienstleisterin wahr und weniger als Raum, der selbst aktiv mitgestaltet werden kann.

Diese Entwicklung ist sicherlich eine gesamtgesellschaftliche, Vereine oder andere politische Gruppen beklagen bereits seit längerer Zeit das schwindende ehrenamtliche Engagement. Doch eine Hochschule sollte mehr sein als ihre Hörsäle. Denn Wissen entsteht nicht bloß hinter verschlossenen Türen in den Forschungsinstituten. Räume, um sich auszutauschen, auszuprobieren, auszumalen, wie die Zukunft aussehen könnte, sind unerlässlich für eine akademische Auseinandersetzung über das Lernen für die nächste Klausur hinaus.

Auch Samira Selzer, die im AStA der Goethe-Uni das Referat für Fachschaftenkoordination besetzt, nimmt dieses Problem so wahr: "Durch die Pandemie gab es eine Entfremdung von Studierenden untereinander und zur Uni. Nach den letzten Semestern und in Anbetracht der Inflations- und Energiekrise ist es umso wichtiger, studentische und autonome Freiräume zu schaffen."

Konkret bedeutet dies, es muss Räume mit freien Gestaltungsmöglichkeiten geben und die Hochschulen müssen eine echte demokratische Mitbestimmung der Studierenden ermöglichen und nicht verhindern. So kann wieder ein Ort entstehen, an dem wir uns vernetzen, austauschen und diskutieren.

Teure WG-Zimmer

Zwar sind die Nachwehen der Corona-Pandemie nicht mehr das größte Problem der Studierendenschaft und die Inflation trifft sie vielleicht nicht am härtesten, aber doch in besonderem Maße: So steigen die Mieten für ein WG-Zimmer; bereits 2021 war mehr als jede*r dritte Studierende armutsgefährdet. Um diese Probleme anzugehen, ist eine strukturelle Bafög-Reform nötig, die die Förderung für mehr Studierende möglich macht und durch eine signifikante Erhöhung die Inflation ausgleicht. Vor diesem Hintergrund sind die Nachrichten geradezu zynisch: An diversen Universitäten werden die Öffnungszeiten der Bibliotheken stark eingeschränkt. Kevin Mangrich, Sprecher des AStA der Universität Trier, schreibt in einer Pressemitteilung, dass es sich dabei um "reine Symbolik auf Kosten der Studierenden" handele. Andere Universitäten gingen noch drastischere Schritte: Die Hochschule



in Koblenz wechselte von Anfang Dezember bis in den Januar hinein zurück zu Online-Vorlesungen, um eine Energieeinsparung von 15 Prozent zu erreichen. Obwohl die Hochschule in der Zeit nicht komplett geschlossen, sondern für Mitarbeitende und Studierende geöffnet war, ist ein solcher Schritt in diesen Zeiten ein falsches Zeichen.

Studierendenschaft einbeziehen

Studierende verschiedener Universitäten haben sich bereits seit der vorlesungsfreien Zeit im vergangenen Sommer (!) mit diesem Thema beschäftigt und auf ihre Universitätsleitungen hingewirkt, sich frühzeitig und demokratisch mit dem Thema zu befassen. Andreas Keller, stellvertretender Vorsitzender der GEW, forderte im September 2022: "Energie-Lockdown abwenden – Bund und Länder müssen Hochschulen warm und offen halten!" Dass nun seit November Entscheidungen zu Schließungen ohne die Einbeziehung der Studierendenschaften getroffen wurden, ist undemokratisch. Natürlich ist es auch im Interesse der Studierenden vor allem im Zusammenhang mit Forderungen zu Nachhaltigkeitskonzepten der Universitäten, Energiesparmaßnahmen mitzutragen. Doch als öffentliche Institutionen dürfen sich Hochschulen nicht aus der Verantwortung ziehen. Gerade jetzt wäre es angemessen, die Öffnungszeiten zu erweitern, auch am Wochenende Essen in den Mensen anzubieten und Räume bereitzustellen, einfach, um sich dort aufhalten zu können. So könnten die Effekte der Inflation aufgefangen und gleichzeitig ein Beitrag zum Energiesparen geleistet werden.

Als Referentin für Studienbedingungen im AStA der Goethe-Universität Frankfurt ist Paula Hirsch mit den Auswirkungen der Energiekrise auf Studierende vertraut. Sie zieht die Universitätsleitungen zur Verantwortung und fordert, dass Hochschulen gerade jetzt uneingeschränkt geöffnet bleiben müssen: "Gesamtgesellschaftlich hat sich in den vergangenen drei Jahren viel verändert und wir müssen Wege finden, damit umzugehen. Das bedeutet im Kontext der akademischen Selbstverwaltung zum Beispiel demokratische Mitarbeit aller Statusgruppen an den strategischen Entscheidungen." Es ist tatsächlich widersprüchlich: Gern schmücken sich Universitäten mit einem lebendigen Campus und einem aktiven studentischen Leben. Doch autonome Räume werden immer weiter eingeschränkt.

Solidarisch zusammenkommen

Die Sofas stehen noch immer in der Ausstellung "2 Diwane". Zwei Studentinnen sitzen mit dem Laptop auf dem Schoß darauf und arbeiten. Die Liste mit den Wünschen auf der Tafel hat sich verlängert:

"Mehr Mikrowellen", "Pfannkuchen für 2 €" oder "Die Ausstellung soll für immer bleiben!". Eigentlich keine überzogenen Wünsche, wenn man sie ins Verhältnis mit anderen Ausgaben setzt, die eine so große Universität ansonsten tätigt. Von dem Kunstprojekt lernen wir nicht nur, wie einfach die Universität offener werden, sondern auch, was ihre politische Bedeutung sein könnte. Die politische Philosophin und Aktivistin Silvia Federici spricht davon, dass unsere Politik entweder befreiend sei oder unser Leben in einer positiven Weise verändere. Dass sie uns wachsen lasse, uns Freude bringe. Und wenn nicht, dass dann etwas nicht mit ihr stimme. Vor allem in Anbetracht der multiplen, sich verschränkenden Krisen wirkt diese Beschreibung wie ein positives Programm, sich nicht lähmen und vereinzeln zu lassen. Jetzt ist es an der Zeit, solidarisch zusammenzukommen! Politisch aktiv zu sein und sich einzubringen kann auch bedeuten, unser Leben, unsere Beziehungen zu den Menschen um uns herum positiv zu verändern. So können wir gemeinsam für eine offene Hochschule für alle kämpfen.



LUISE BRUNNER studiert im Masterstudiengang Soziologie und ist Mitglied im Senat der Goethe-Universität Frankfurt. Vorher war sie Teil des AStA und unter anderem als Referentin für Studienbedingungen aktiv.

NACHHALTIGKEIT? EIN (FAST) HOFFNUNGSLOSER FALL

Der Wissenschaftsbetrieb und die Klimakrise: Was passiert zurzeit an deutschen Hochschulen, wo liegen die Chancen, wo die Konflikte? Klar ist: Studierende müssen die Transformation mitgestalten können.

as Land Hessen plant Klimaneutralität bis 2045 und die Landesverwaltung, zu denen auch die Hochschulen in Hessen gehören, Klimaneutralität bis 2030. Dabei spielen die Hochschulen eine entscheidende Rolle, denn sie verursachen 50 Prozent der Emissionen. Als Maßnahme soll Energie eingespart und effizienter genutzt werden, Nachhaltigkeitsberichte sollen jährlich die CO₂-Emissionen erfassen und Flugreisen sollen über gekaufte CO₂-Zertifikate kompensiert werden.

Doch wie lassen sich diese ambitionierten Forderungen in der Praxis umsetzen? Von entscheidender Bedeutung für den Alltag an hessischen Hochschulen ist der Hochschulpakt (HSP), der jeweils für einen Zeitraum von fünf Jahren die Finanzierung der Hochschulen sichert und Ziele festlegt. Der Abschnitt

zu Nachhaltigkeit im aktuellen HSP ist spärlich, allerdings konnten darin zumindest durch studentische Einflussnahme Nachhaltigkeitsbüros als Koordinationsstruktur und Anstoßgeber für eine sozial-ökologische Transformation an Hochschulen eingebracht werden. Diese haben mittlerweile an vielen Hochschulen Hessens die Arbeit aufgenommen.

Vernetzung in Green-Offices

Deutschlandweit sind diese Nachhaltigkeitsbüros, auch Green Offices genannt, aus Bewegungen "von unten" hervorgegangen, aus studentischen Initiativen, teils vernetzt mit verschiedensten Hochschul-Angestellten, oder auch aus Bewegungen wie den "Students for Future". Als Institution der deutschen Hochschullandschaft in Sachen Nachhaltigkeit gilt "netzwerk n", das es sich seit mehr als zehn Jahren zur Aufgabe gemacht hat, studentische Initiativen miteinander zu vernetzten und zu unterstützen. Denn klar ist auch: Eine Transformation an Hochschulen ist nur von unten zu denken, und um Veränderung anzustoßen, braucht es Druck. Studierende und auch Mitarbeitende lassen sich als die zentralen Akteur*innen verstehen, die eine sozial-ökologische Transformation vorantreiben können. Leider wird es ihnen vielfach nicht einfach gemacht, Ideen einzubringen und umzusetzen.

Mehrheiten für den Wandel

Das liegt auch an den Entwicklungen seit der Bologna-Reform, die Hochschulen und ihre Bildung mehr und mehr zu einer Dienstleistung gemacht hat, welche von den Studierenden unter steigendem Druck konsumiert werden soll. Zeit und Möglichkeiten für studentische Partizipation und Engagement schwinden.

Doch selbst mit Engagement trifft man in universitären Gremien auf einen konservativ geprägten Diskurs und auf professorale Mehrheiten, die Vorschläge zu simplen Einspar- und Klimaschutzmaßnahmen heftig diskutieren und diese mit dem Verweis auf die Freiheit von Wissenschaft und Forschung abschmettern.

Werden diese Hürden durch die notwendige Bildung von Mehrheiten überwunden, ist man weiterhin auf das Entgegenkommen der Leitungsebene und die Priorisierungen der Verwaltung angewiesen. So wurde beispielsweise an der Frankfurter Goethe-Universität der Beschluss gefasst, 25 Prozent der Emissionen durch Flugreisen bis 2025 zu reduzieren, jedoch ist selbst anderthalb Jahre danach noch unklar, wie dies praktisch umgesetzt werden soll. Zugleich ist die Kompensation von CO₂-Emissionen bei Dienstreisen, wie sie bereits seit 2018 vom Land Hessen betrieben wird, nur eine Farce, da Dienstreisen tatsächlich nicht vollumfänglich erfasst werden.

Wendepunkt oder Normalbetrieb?

Im Umgang mit der Klimakrise spielt die Wissenschaft eine besondere Rolle. Wissenschaftler*innen vereinigt als "Scientists for Future" klingt erst mal großartig, doch selten schenkt man ihnen in den Wissenschaftsinstitutionen genügend Gehör. Auf universitärer Ebene stehen Fortschritt und Wachstum, Exzellenz und Konkurrenz sowie das Einwerben von Drittmittelgeldern im Vordergrund, Forschung wird häufig nur nach ihrem wirtschaftlichen Nutzen gefördert.

Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass auf der Leitungsebene der Goethe-Universität die Klimakrise und daraus folgende Konsequenzen höchstens zu einer von zehn "Leitdimensionen" der universitären Ausrichtung zählen, wie dies auch an vielen anderen Hochschulen der Fall ist. Demgegenüber steht ein Großteil der Studierendenschaft, der sich mit Klimagerechtigkeit auseinandersetzt und entsprechende Maßnahmen von den Hochschulen einfordert. Klimagerechtigkeit ist nicht nur konträr zu einer permanenten Wachstumslogik, sondern verwehrt sich auch Strategien wie einer durch den Zukauf von CO_2 -Zertifikaten erreichten Klimaneutralität.

Diese Diskrepanzen schaffen Diskussionsbedarf und führen zu immer größeren Spannungen. Gleichzeitig stellt sich die Frage: Mit wem kann das an den Hochschulen diskutiert werden? Aufgrund der Entwicklung der akademischen Selbstverwaltung, die früher eher eine Repräsentationsfunktion inne hatte und heute quasi aus machtlosen Gremien besteht, und allmächtigen Präsidien gibt es keine Möglichkeit mehr für das Aushandeln von Lösungen im gemeinsamen Diskurs von Themen und Problemstellungen. Dabei verlangen eine sozial-ökologische Transformation und ein der Klimakrise angemessenes Handeln gerade jetzt partizipative, statusübergreifende Formate: um gemeinsam zu diskutieren, Lösungen zu finden und praktische Veränderungen anzustoßen. Zwar ist aktuell das Thema Energieeinsparung sehr präsent. Die in Folge des Ukrainekriegs entstandene Gaskrise und daraus resultierend stark gestiegene Kosten führen dazu, dass sich intensiv damit beschäftigt wird, welche Sparmöglichkeiten es gibt. Energieeinsparmaßnahmen aus Klimaschutzgründen sind genau das Thema, das die Studierendenschaft seit Jahren vom Präsidium einfordert und wogegen sich dieses mit Händen und Füßen wehrt. Nun drängt es aber mehr denn je und die Frage bleibt unbeantwortet, ob nun ein Wendepunkt erreicht ist.

Hörsaal-Besetzung fürs Klima

Ein aktuelles Beispiel für den Umgang mit interessierten und engagierten Studierenden stellt der Umgang mit der Bewegung "End Fossil: Occupy" dar. Die Gruppe besetzte wie an vielen anderen europäischen Universitäten auch einen Hörsaal an der Frankfurter Universität, um sich für universitäre, regionale und nationale Forderungen nach mehr Klimagerechtigkeit einzusetzen. Die Aktion

sollte die Universitätsangehörigen auf das Thema aufmerksam machen, den Diskurs in Gang bringen, das Engagement vergrößern und den Normalbetrieb in Krisenzeiten in Frage stellen. Leitend war für die Studierenden die Frage: Wie können klimagerechte Bildung, Wissenschaft und Forschung aussehen? Auf Leitungsebene gab es für solche Fragen jedoch wenig Verständnis. Noch am selben Tag folgte die Räumung durch einen großen Polizeieinsatz. Wie kann es sein, dass eine Universität ihre eigenen Studierenden räumen lässt, die einen Diskursraum schaffen wollen, um sich mit den drängendsten Fragen unserer Zukunft auseinanderzusetzen? Die Hochschulleitung argumentierte, dass der universitäre Betrieb aufrechterhalten werden müsse und die Besetzung ein zu massiver Eingriff in die "Dienstleistung" des universitären Besuchs sei. Tatsache ist aber: Mit der Aufrechterhaltung des Normalbetriebs wird sich eben nicht wirksam mit der Klimakrise an Hochschulen beschäftigt. Dabei bietet eine sozial-ökologische Transformation vielfach spannende Perspektiven, um Bildung, Wissenschaft und Forschung neu zu denken. Leider wird sich dem an vielen Orten verwehrt. Die ehemals gesellschaftlich vorangehenden Institutionen sind zu Mitläufern geworden. Um dies zu ändern, braucht es ein Umdenken in der Hochschullandschaft: den Wiederaufbau akademischer Selbstverwaltung, eine Abkehr vom Normalbetrieb und studentische Einflussnahme auf die Transformation.



MORITZ SCHMITTHENNER studiert Politikwissenschaft und Soziologie und ist Mitglied im Senat der Goethe-Universität Frankfurt. Vorher war er Teil des AStAs und unter anderem im Ökologie-Referat aktiv.



WIE DIE DEMOKRATISIERUNG DER HOCHSCHULEN VERHINDERT WIRD



Hochschulen sind nicht allein Orte professoraler Freiheiten, sondern auch Räume der persönlichen Entwicklung aller am Hochschulleben Beteiligten.

1973 entwickelte das Bundesverfassungsgericht Leitlinien für die organisatorische Verwirklichung der Wissenschaftsfreiheit an Hochschulen. Insbesondere die daraus abgeleitete Professor*innenmehrheit ist revisionsbedürftig. Ein Essay. ie Wissenschaftsfreiheit wird gemeinhin als konstitutiv für die demokratische Verfasstheit des Grundgesetzes begriffen. Gleichzeitig werden im Namen der Freiheit von Forschung und Lehre Demokratisierungsbestrebungen in der deutschen Hochschulgeschichte immer wieder zum Erliegen gebracht. Dahinter steht der Gedanke, dass das Wissenschaftssystem eine gewisse Autonomie gegenüber demokratischer Mitbestimmung genießen müsse.

Diese Spannungen zwischen Wissenschaftsfreiheit und Demokratisierung bestimmen seit fast 70 Jahren den hochschulpolitischen Reformdiskurs. Im Zentrum steht die Forderung nach mehr Mitsprache durch eine gruppenparitätische Besetzung des Senats als höchstes Gremium der Hochschule. Die gegen diese Forderung vorgebrachten juristischen Argumente und das dahinterstehende Verständnis von Wissenschaft sind aber nicht stichhaltig.



Kritik an Ordinarienuniversität

Von den Demokratisierungsbestrebungen in den frühen Jahren der Bundesrepublik wurden die Universitäten weitestgehend ausgenommen. Wissenschaftsfreiheit ging in einer inneruniversitären Autonomie der Professoren auf und wurde als Individualprofessorengrundrecht ausgelegt. Kritik an dieser Ordinarienuniversität wurde von Teilen der Studierendenschaft ab den späten 1950er Jahren zunehmend lauter. Statt der bisherigen Vertretung aller Universitätsmitglieder durch die fast ausschließlich männlichen Professoren sollten die verschiedenen Statusgruppen der Hochschulen ihre eigenen Interessen in paritätisch besetzten Gremien vertreten können. An die Stelle der traditionellen Professorenuniversität sollte die partizipative Gruppenuniversität treten. Gleichzeitig wurde mit dem wirtschaftlichen Aufschwung weit mehr gut ausgebildetes Personal benötigt als auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stand. Die Expansion des tertiären Bildungssektors war die politische Reaktion darauf.

Der starke Anstieg an Studierendenzahlen und die studentische Protestbewegung machten eine Reform der Hochschulgesetze unumgänglich. Das erste Hochschulgesetz, welches die Gruppenuniversität einführte, wurde 1966 in Hessen verabschiedet. Weitere Landesgesetze dieser Art folgten. Gleichzeitig regte sich in der Professor*innenschaft Widerstand. Gegen das "Vorschaltgesetz für ein Niedersächsisches Gesamthochschulgesetz" legten Professor*innen Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht ein. Sie störten sich vor allem an der paritätischen Besetzung der universitären Gremien und dem damit einhergehenden Verlust ihrer weitgehend uneingeschränkten Superiorität. 1973 urteilte das Bundesverfassungsgericht in dem sogenannten "Hochschulurteil", dass Gruppenuniversitäten grundsätzlich mit der Freiheit der Wissenschaft nach Art. 5 Abs. 3 vereinbar seien. Einschränkend stellte Karlsruhe jedoch fest, dass Professor*innen auf bestimmte Entscheidungen maßgeblichen oder sogar ausschlaggebenden Einfluss haben müssten.

Das Urteil markierte den Anfang vom Ende der Gruppenuniversitäten und leitete letztlich die Ausweitung der Entscheidungsbefugnisse von Hochschulpräsidien ein. Unter dem Deckmantel der Wissenschaftsfreiheit erfolgte eine Umstrukturierung der Hochschulen nach dem Leitbild des "Wettbewerbs". Hierarchisierung und Autonomisierung im Sinne des neoliberalen New Public Managements, als neues Leitbild der Verwaltung, bestimmten von nun an die Hochschulreformen. Nach einem halben Jahrhundert wagte Thüringen 2018 mit der Novellierung seines Hochschulgesetzes den ersten gesetzgeberischen Vorstoß einer ernsthaften Demokratisierung der Hochschulen, indem es eine paritätische Besetzung der Senate erlaubte. Auch gegen diese Regelungen reichten thüringische Professor*innen wieder Verfassungsbeschwerde ein. Die Entscheidung steht indes noch aus.

Kein Superprofessor*innengrundrecht

Doch ist die Rechtsfigur der Professor*innen-Mehrheit wirklich so unantastbar, wie allgemein behauptet wird? Und ist die hochschulrechtliche Bevorzugung der Professor*innen überhaupt im Sinne eines

kritischen Wissenschaftsverständnisses?
Die Wissenschaftsfreiheit wird durch Art. 5 Abs.
3 GG geschützt und umfasst als einheitliches
Grundrecht die Freiheit der Forschung und Lehre
– von der Gewinnung bis zur Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Die Freiheitsgarantie
umfasst jede Tätigkeit, die nach Inhalt und Form
als ernsthafter, planmäßiger Versuch zur Ermittlung
der Wahrheit anzusehen ist.

Alle Personen, die in Forschung und Lehre tätig sind, genießen den Schutz von Art. 5 Abs. 3 GG.
Davon sind Studierende nicht ausgenommen, denn sie sind "nicht bloße Objekte der Wissensvermittlung", sondern "selbstständig mitarbeitende, an den wissenschaftlichen Erörterungen beteiligte Mitglieder der Hochschule" (BVerfGE 35, 79 Rn. 157), wie das Verfassungsgericht betont. Art. 5 Abs. 3 GG beinhaltet daneben eine Wertentscheidung, aus welcher ein Recht auf staatliche Maßnahmen auch organisatorischer Art folgt. Über den Inhalt dieser Wertentscheidung besteht weiterhin Streit

Das Bundesverfassungsgericht betont seit dem Hochschulurteil, dass die Garantie der Wissenschaftsfreiheit keine bestimmte Organisationsform des Wissenschaftsbetriebs an den Hochschulen vorschreibe. Es stehe dem Gesetzgeber zu, die Organisation der Hochschulen nach seinem Ermessen zu ordnen und sie den heutigen "gesellschaftlichen und wissenschaftssoziologischen Gegebenheiten" anzupassen – allerdings nur im Rahmen der Grenzen, die sich insbesondere aus der herausgehobenen Stellung der Professor*innen ergeben.

Konkret wurde verlangt, dass bei Entscheidungen, welche unmittelbar die Lehre betreffen, ein maßgebender Einfluss bei den Hochschullehrer*innen verbleiben müsse. Diesem Erfordernis werde genügt, wenn diese Gruppe über die Hälfte der Stimmen verfüge. Bei Entscheidungen, die unmittelbar Fragen der Forschung oder die Berufung der Hochschullehrer*innen betreffen, müsse der Gruppe der Hochschullehrer*innen ein weitergehender, ausschlaggebender Einfluss vorbehalten bleiben.

Überzeugt das? Nicht nach Ansicht der Verfassungsrichter*innen Helmut Simon und Wiltraut Rupp-von Brünneck, die gegen die Entscheidung eine abweichende Auffassung im Rahmen eines Sondervotums erklärten: Sie halten es nicht für vertretbar, unmittelbar aus der Verfassung detaillierte organisatorische Anforderungen für die Selbstverwaltung der Hochschulen herzuleiten und eine der beteiligten Gruppen generell eine Machtposition einzuräumen.

Den Gesetzgeber träfen aufgrund des Gleichheitssatzes und Sozialstaatsgebots ausdrückliche Pflichten, die er bei der Organisation der Hochschulen zu berücksichtigen habe. Eine individuelle Grundrechtsverletzung könne sich nur ergeben, wenn Träger*innen des jeweiligen Grundrechts durch Maßnahmen unmittelbar betroffen sind. Auch das Bundesverfassungsgericht leitet aus objektiven Gewährleistungen grundsätzlich keine individuellen Rechte auf bestimmte staatliche Maßnahmen ab, sondern gesteht dem Gesetzgeber einen Beurteilungsspielraum bei der Umsetzung seiner Pflichten zu.

Daneben ist zu berücksichtigen, dass die Einschränkung von Entscheidungsbefugnissen gerade nicht Eingriffe in die persönliche, aus eigener Kraft geleistete Lebensgestaltung darstellen, sondern umgekehrt die Erweiterung wissenschaftlichen Wirkens durch Partizipation an Mitteln und Einrichtungen, die der moderne Sozial- und Kulturstaat auf Kosten der Allgemeinheit bereitstellt. Hochschulen dienen nach ihrem Widmungszweck unterschiedlichen Interessen der Gesellschaft. Das Zusammenwirken verschiedener Grundrechtsträger*innen muss daher in einer Weise in einen Ausgleich gebracht werden, die Freiheitsverwirklichung durch Partizipation überhaupt erst ermöglicht.

50 Jahre danach ...

Hochschulen sind nicht allein Orte professoraler Freiheiten, sondern auch Räume der persönlichen Entwicklung aller am Hochschulleben Beteiligten. Darüber hinaus müssen Hochschulen ihrer besonderen gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden. Die Hochschule ist heute bevorzugt auf die Heranbildung einer möglichst großen Zahl von Fachleuten für eine zunehmend "verwissenschaftlichte" berufliche Praxis eingestellt. Hinzu kommt, dass Hochschulen wegen unzureichender Grundfinanzierung auf Drittmittel angewiesen sind und damit Interessen von Dritten bedienen müssen. Bei der Ausgestaltung der Wissenschaftsorganisation muss auch diesen verschiedenartigen Funktionen Rechnung getragen werden. Die Belange der verschiedenen Hochschulangehörigen, der Wissenschaftler*innen, der Mitarbeiter*innen und der Studierenden gilt es abzustimmen und zu koordinieren.

Die Prinzipien Chancengleichheit, Mitbestimmung und Transparenz bieten sich an, um die Interessen miteinander in Einklang zu bringen. Niemand betreibt Wissenschaft allein auf dieser Welt – welch ein Glück. Folglich müssen sich alle Beteiligten Einschränkungen gefallen lassen. 50 Jahre nach dem Hochschulurteil bleibt zu hoffen, dass das Bundesverfassungsgericht endlich die "gesellschaftlichen und wissenschaftssoziologischen Gegebenheiten" hinreichend berücksichtigt, statt gesetzgeberischen Demokratisierungsbestrebungen erneut einen Dämpfer zu erteilen.



NATALIE MAURER studiert Rechtswissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen und war studentisches Mitglied im Senat.



HENNING TAUCHE ist studentisches Mitglied im Senat der Justus-Liebig-Universität Gießen und promoviert derzeit in der Geschichtsdidaktik.

<u>ERFOLGREICH STREIKEN:</u> ARBEITSKÄMPFE AN US-HOCHSCHULEN

Deutsche Medien berichteten 2022 über die Streiks bei großen US-Unternehmen wie Starbucks und Amazon. Dabei reicht das Ausmaß des Kampfes für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen in den Vereinigten Staaten viel weiter und erfasste zuletzt auch immer mehr Hochschulen.

Lis Sylvia Burwell, Präsidentin der American University in Washington DC, am 26. August 2022 die Bühne der Aula ihrer Universität für eine Begrüßungsrede betrat, verließen zahlreiche Erstsemester den Raum und solidarisierten sich mit den vor dem Gebäude streikenden Beschäftigten der Hochschule. Ein Video der Aktion findet sich bis heute auf dem Twitter-Account der "American University Staff Union". Der Protest der Studierenden war der Höhepunkt eines fünf Tage andauernden Streiks von Verwaltungsangestellten, technischem und wissenschaftlichem Personal, dem über ein Jahr zäher Verhandlungen zwischen der Universität und der Gewerkschaft Service Employees International Union Local 500 (SEIU Local 500) vorausgegangen war. Laut Washington Post forderten die Beschäftigten eine Lohnerhöhung um fünf Prozent im ersten Jahr des Vertrags und weitere vier Prozent im zweiten Jahr. Außerdem sollten Vollzeitangestellte nicht weniger als 40.000 US-Dollar im Jahr verdienen. Schätzungen zufolge wäre aber selbst dieser Mindestlohn noch zu gering, um dem Existenzminimum

in der US-amerikanischen Hauptstadt zu entsprechen. Die Universitätsleitung lehnte die Forderung dennoch ab, bot nur eine Lohnerhöhung um insgesamt vier Prozent und verschleppte nach Ansicht von Gewerkschaft und Beschäftigten zunehmend die Verhandlungen

Mit dem "Student Walkout" am Ende der Streikwoche, für die nicht zufällig die Einführungswoche vor dem Vorlesungsbeginn gewählt wurde, schien der öffentliche Imageschaden für die American University nach Einschätzung des Präsidiums so groß zu werden, dass es noch am selben Tag seine Zustimmung zu den Forderungen seiner Angestellten bekanntgab.

Erwartungen erfüllt

Die Ereignisse an der American University sind dabei nur eines von vielen aktuellen Beispielen für Arbeitskämpfe an US-amerikanischen Hochschulen. Während die öffentliche Berichterstattung vor allem von den Gewerkschafts- und Betriebsratsgründungen bei großen Unternehmen wie Starbucks oder Amazon bestimmt wird, ist das Ausmaß des Kampfes um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen in den Vereinigten Staaten viel weitreichender und betrifft auch zahlreiche Universitäten. Die prestigeträchtige New Yorker Hochschule The New School, ehemals New School for Social Research, wurde ab dem 16. November bis Mitte Dezember 2022 von etwa 1.300 Adjunct Professors bestreikt, deren Berufsbezeichnung sich am ehesten mit Außerplanmäßige Professuren übersetzen lässt. Diese Teilzeitbeschäftigten machen rund 80 Prozent des gesamten Lehrpersonals der Universität aus. Auch hier solidarisierten sich Studierende und besetzten das

Studierendenzentrum der Uni, wenige Tage später erzielten Gewerkschaft und Präsidium eine Einigung. Zwar konnten die Beschäftigten ihre Forderungen gerade mit Blick auf Lohnerhöhungen nicht vollständig durchsetzen, doch zumindest im Bereich der Krankenversicherung wurden Erwartungen erfüllt. Mit 48.000 Beschäftigten, die für höhere Löhne demonstrierten, war der Streik des wissenschaftlichen Personals an den Standorten der University of California laut der L. A. Times der größte Streik im Hochschulbereich in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Einen Tag vor Weihnachten wurde Erfolg vermeldet, nach einem Bericht des Rundfunksenders NPR (National Public Radio) wurden die Löhne von einigen der am schlechtesten bezahlten Angestellten um 80 Prozent erhöht.

Studentische Unterstützung

Die Streiks vereint, dass sie vielfach in den Regionen und Städten des Landes stattfanden, die sich durch besonders hohe Lebenshaltungskosten auszeichnen. Während dieses Problem nicht neu ist, hat sich die Situation aufgrund von Inflation und scheinbar grenzenlos steigender Mieten noch einmal drastisch verschärft. So ist es sicher kein Zufall, dass sich gerade jetzt der Frust über häufig langwierige Verhandlungen in Streiks entlädt.

Und noch etwas haben die Streiks in Washington DC und New York gemeinsam: die Wirksamkeit studentischer Solidarisierung mit den Streikenden. Im Zuge der Neoliberalisierung der Hochschulen lässt sich darüber spekulieren, inwiefern mit der Vermarktlichung von Bildung das nicht intendierte Phänomen einer verbesserten Wirksamkeit studentischen Protests einhergeht. Durch die Zahlung enormer Stu-



diengebühren, wie sie aus den Vereinigten Staaten bekannt sind, werden die Studierenden zu für den Profit der Hochschulen wichtigen Konsument*innen und besitzen als solche womöglich ein größeres Drohpotenzial.

So hatten an der New School laut New York Times verärgerte Eltern bereits Klagen eingereicht und mit der Zurückhaltung von Zahlungen oder dem Wechsel ihrer Kinder an andere Universitäten gedroht. Bemerkenswert bleibt, dass viele Betroffene die Verantwortung für Unannehmlichkeiten wie Lehrausfälle nicht bei den Streikenden, sondern bei den Hochschulpräsidien sehen.

Ein Aktiver berichtet

Zurück nach Washington. Der Kunsthistoriker Sam Sadow arbeitet als "Visual Resources Curator" an der American University und beteiligt sich bereits seit 2019 an der Organisierung der Beschäftigten seiner Hochschule. Die Eindrücke aus New York kann er für den Streik seiner Gewerkschaft bestätigen. Zwar hätte eine kleine Gruppe von Studierenden über soziale Medien Unmut bekundet, doch angesichts der massiven Unannehmlichkeiten, die der Streik für die gerade auf den Campus ziehenden Erstsemester mit sich brachte, seien die Reaktionen überwiegend positiv gewesen. Einzelne Eltern hätten sogar das Megaphon in die Hand genommen, um ihre Unterstützung mit den Streikenden zu bekunden. "I want to emphasize that the reaction from students and parents was overwhelmingly supportive. We even had parents ask to take the bullhorn and offer words of encouragement directly to the picket line." Doch so sehr Sadow die Bedeutung des Studierendenprotests für den Streikerfolg schätzt, allein darauf zurückführen würde er ihn nicht.

Die Solidarität der Beschäftigten miteinander, klare Zielsetzungen, gelungene öffentliche Kommunikation, die Unterstützung dutzender Politiker*innen und nicht zuletzt der Rückhalt der Kolleg*innen von SEIU Local 500 und von weiteren Gewerkschaften in der Region seien von großer Bedeutung gewesen: "The cumulative impact of all of that, including the student walkout, is what led to our ability to win a strong contract at the end of our 5-day strike."

Den medial vermittelten Eindruck zunehmender Bemühungen gewerkschaftlicher Organisierung in den Vereinigten Staaten bestätigt Sadow, gerade auch für den Bereich der höheren Bildung. Doch das US-amerikanische Arbeitsgesetz und politische Strukturen machten es insgesamt schwer, sich gewerkschaftlich zusammenzuschließen. So sei wohl kaum eine Herausforderung größer, als die Hoffnungslosigkeit der Arbeiter*innen auf den Erfolg von Arbeitskämpfen zu überwinden. An der American University sei es gelungen, diese Hürde zu nehmen. Die erfolgreich verhandelten Arbeitsverträge, die bessere Löhne, bezahlbare Krankenversicherungen und einen erhöhten Kündigungsschutz bedeuteten, hätte den Beschäftigten der Universität ein bemerkenswertes Selbstbewusstsein für die kollektive Stärke organisierter Arbeiter*innen verliehen. Er hofft, dass die Beschäftigten der American University damit ein bestärkendes Beispiel für Kolleg*innen an anderen Hochschulen sein können: "Nothing would make me happier than for our union at AU to stand as a shining example to workers at other universities (or anywhere really) that it is possible. Organizing, winning an election, bargaining a contract, going on strike, winning a strike, ratifying a contract that raises wages and makes meaningful improvements in working conditions are all possible."

Internationale Vernetzung

Welche Anknüpfungspunkte können die Erfahrungen aus den Vereinigten Staaten nun für Bildungsgewerkschafter*innen, Beschäftigte und Studierende in Deutschland bieten? Nicht zu übersehen ist die Bedeutung der Internationalisierung im Bereich von Hochschule und Forschung. Vor diesem Hintergrund sind die Universitäten gerade da empfindlich, wo es um ihr Image geht. Die Kooperation zwischen der Goethe-Universität Frankfurt und der New School etwa im Bereich der Politischen Theorie macht das deutlich. Frankfurter Studierende gehen nach New York und bringen ihre Erfahrungen zurück nach Deutschland. Sicherlich hat dieser Austausch dazu beigetragen, dass sich der AStA der Goethe-Uni über Social Media mit der Besetzung der Studierenden an der New School solidarisierte, die damit wiederum die streikenden Beschäftigten unterstützten. Während solche vereinzelten Solidaritätsbekundung relativ schnell verhallen, werfen sie doch einen Blick auf die Möglichkeiten, die eine internationale "Vernetzung von unten" für Studierende und im Wissenschaftsbetrieb Beschäftigte bieten könnte. Es dürfte sich lohnen, den Aufbau solcher Kooperationen zu forcieren, gerade den gewerkschaftlichen Hochschulgruppen kann dabei eine zentrale Rolle zukommen. 📕

Die Zitate stammen aus einer E-Mail-Korrespondenz des Autors mit Sam Sadow.

 $\textbf{NIKLAS LEHRKE} \ studiert \ im \ Master \ Politikwissenschaft$



an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Er ist Mitglied der GEW Hessen, Referent für Wohnungspolitik beim AStA der Goethe-Universität und studentische Hilfskraft an der Professur für Internationale Politische Ökonomie.

SOLIDARISCH MIT GRIECHENLAND

Junge Aktive der DGB-Gewerkschaften vernetzen sich in Athen mit griechischen Gewerkschafter*innen. Sie wollen auch ein Zeichen der europäischen Solidarität setzen.

Es ist Oktober in Athen, die Sonne ist immer noch sommerlich, vom Mittelmeer weht ein frischer Wind durch die Straßen. 17 junge Menschen aus der Bundesrepublik sitzen im Halbkreis auf einem Bordstein und lauschen den Ausführungen des Historikers Kostis Karpozilos zur jüngeren Geschichte Griechenlands. Schnell wird klar: die ist viel komplexer, als es den meisten bewusst war. Zu Anfang des 20. Jahrhunderts ein verlorener Eroberungskrieg gegen die heutige Türkei, dann Terror und Hungersnot unter deutscher Besatzung während des Zweiten Weltkriegs. Viele Menschen wurden in dieser Zeit getötet, das griechische Judentum nahezu komplett ausgelöscht. Nach

dem Weltkrieg dann ein Bürgerkrieg, gefolgt von einer Militärdiktatur, die erst in den 1970ern zu Fall gebracht werden sollte.

Diese Auflistung ist noch gar nicht im Heute angekommen und dennoch ist bereits deutlich, wie facetten- und ereignisreich die Geschichte des europäischen Landes ist.

Das Hauptaugenmerk der Bildungsfahrt lag auf den Folgen der Weltfinanzkrise von 2007, die sich 2010 zur Eurokrise und wenig später zur Staatskrise in Griechenland entwickelte – das dann ab 2015 besonders schwer mit den Folgen der sogenannten Migrationskrise zu kämpfen hatte. Die Gruppe sprach hierzu mit Stefanos Spiliotopoulos von der Friedrich-Ebert-Stiftung Athen sowie Lefteris Papagiannakis, der eine Zeit lang der Athener Vize-Bürgermeister für Migration war. Dabei wurde klar, wie wenig in der deutschen Öffentlichkeit über die heutige Situation der Griech*innen bekannt ist und wie statt dessen noch immer Vorurteile die Debatte bestimmen. Hier sei allein an den unsäglichen Ausspruch von den "Pleitegriechen" erinnert, die letztlich selbst an ihrer Situation schuld seien und

nun eben mit drastischen Sparmaßnahmen und Einschnitten in Infrastruktur, Sozialsystemen und Kultur leben müssten.

Schwierige Gewerkschaftsarbeit

Die Perspektive der griechischen Kolleg*innen erläuterte George Christopoulos vom Gewerkschaftsverband GSEE. Er ist Vorsitzender der Bildungsgewerk schaft KANEP. Die derzeitige Situation umschreibt er so: Jeder vierte Euro in Griechenland wird in illegalen Beschäftigungen erwirtschaftet, während ein Großteil der angemeldeten Beschäftigungen in Familien- und Kleinbetrieben zu finden ist. So sind im GSEE vor allem Beschäftigte von größeren Betrieben organisiert, die sich in den wenigen Großstädten Griechenlands befinden, in der KANEP vor allem Lehrkräfte und Erzieher*innen aus den Bildungseinrichtungen Athens oder Thessalonikis. Auch vor dem Hintergrund einer Arbeitsloslosigkeit von 27,6 Prozent sind die Bedingungen für Gewerkschaftsarbeit also alles andere als einfach. Die schwierige wirtschaftliche Situation belastet

natürlich auch den Sozialstaat: Wer in Arbeitslosigkeit gerät, hat lediglich Anspruch auf staatliche Unterstützung für die ersten zwei Jahre. Diese dramatische Lage spiegelt sich auch im Stadtbild Athens wider. Ein großer Teil der Gebäude und Straßen ist stark sanierungsbedürftig, viele Menschen leben auf der Straße.

Gleichzeitig haben sich viele Griech*innen organisiert, um sich gegenseitig zu unterstützen, z. B. in Kooperativen, die Essen günstig zubereiten, Kinderbetreuung organisieren, aber auch zahlreiche Bildungsmöglichkeiten anbieten wie fachliche Fortbildungen oder Sprachkurse. Insgesamt herrscht ein politisches Flair in der Stadt, allein während der wenigen Tage vor Ort fanden mehrere Demonstrationen statt. Die Menschen suchen die

Diskussion und den Austausch, die Freude über das Interesse von deutscher Seite ist fast immer groß.

Europäische Solidarität

Die Folgen der Sparpolitik sind nach wie vor omnipräsent. Zum Beispiel wurden zahlreiche Flughäfen auf Kosten des griechischen Staates modernisiert – um sie dann an die Betreiberfirma des Frankfurter Flughafens Fraport abzutreten. Diese Zusammenhänge müsste eine internationale beziehungsweise europäisch-gewerkschaftliche Öffentlichkeit lautstark kritisieren, wie es zum Beispiel zuletzt den Arbeitnehmer*innen von Amazon an verschiedenen Standorten weltweit gelungen ist. So ließe sich auch Vorurteilen und Halbwissen

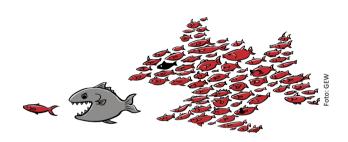
aktiv entgegentreten, denn zusammen sind wir bekanntlich stärker!

Die Kolleg*innen des GSEE wünschen sich daher noch mehr Vernetzung mit den Partner-Gewerkschaften der europäischen Nachbarstaaten. Unsere Reisegruppe war tief beeindruckt von der Entschlossenheit der Aktiven. Auf zukünftige Kooperationen und "αλληλεγγύη!" (Griechisch für "Solidarität") mit unseren Freunden in Griechenland!



PHILIPP MÖCKLINGHOFF ist seit Beginn seines Studiums der Sozialwissenschaften GEW-Mitglied. Er arbeitet als Bildungsreferent für das DGB-Bildungswerk in der Jugendbildungsstätte Hattingen.

ZUM SCHLUSS



WAS IST DER BAGS?

Der BAGS ist der Bundesausschuss GEW-Studierende. Dorthin entsendet jeder GEW-Landesverband ein bis drei Kolleg*innen aus den Landesstudierendenausschüssen. Gemeinsam setzen wir uns für ein Studium ohne Diskriminierung, emanzipatorische Bildung und gute Arbeit in der Wissenschaft ein! Das bedeutet konkret: Wir wollen eine solide Studienfinanzierung für alle, Studiengebührenfreiheit, Tarifverträge für studentische Beschäftigte und demokratische Mitbestimmung an Hochschulen. Hast du Lust mitzumachen? Dann melde dich gerne bei uns: studierende@gew-bundesausschuesse.de

Die Treffen des Bundesausschuss GEW-Studierende in diesem Jahr, inklusive der Wahl neuer Sprecher*innen im Dezember, sind:

- 2. bis 4. Juni in Erkner bei Berlin
- 6. bis 8. Oktober in Norddeutschland
- 1. bis 3. Dezember in Göttingen

Das aktuelle BAGS-Sprecher*innen-Team stellt sich vor:



"Hi, ich bin Niklas und seit Dezember 2022 Mitglied des BAGS-Sprechi-Teams. Ich studiere gymnasiales Lehramt Mathe/Physik in Rostock und beschäftige mich im BAGS u. a. mit den Themen

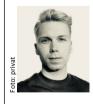
Lehrer*innenbildung, internationale Hochschulpolitik und Vernetzungsarbeit. Zusätzlich stehe ich im engen Kontakt mit den LAGSen (Landesausschüssen

der GEW Studis) der östlichen Bundesländer und begleite in diesem Rahmen auch das Organisationsentwicklungsprojekt Pilot Ost."



"Moin, ich bin Anki und studiere derzeit an der Ruhr-Universität Bochum Erziehungswissenschaften und Geschichte. Ich bin bereits seit 2020 im Bundessprecher*innenteam des Studierendenausschusses. Mein

Herzensthema ist die Tarifkampagne für studentische Beschäftigte (TVStud), für die ich mich innerhalb der GEW sowie in der bundesweiten Aktivenvernetzung engagiere."



"Moin! Ich bin Marlin und komme aus Bremen. Neben Lohnarbeit & Politik studiere ich an der Uni (PoWi & Wirtschaft). Für den BAGS bin ich seit 2021 Teil des Sprecher*innen-Teams! Meine Schwerpunkte sind

unsere Bündnis- und Kampagnenarbeit zu den Themen BAföG, Krisenpolitik und Bildungsfinanzierung. Aktuell planen wir z. B. eine Kampagne gegen die Unterfinanzierung im Bildungswesen unter dem Titel: #BaustelleBildung. Meldet euch gerne bei uns, wenn ihr mitmachen wollt!"

Wir freuen uns immer über neue Gesichter und eine gute Staffelstab-Übergabe an neue Kolleg*innen Ende des Jahres nach der Wahl. Die Sprecher*innen des BAGS erreicht ihr unter: studierende@gew-bundesausschuesse.de

<u>WAS STEHT AN?</u> GEW-STUDIS UND DU!

- 28. bis 30. April: Start des Pilot-Projekt Ost.
 Kick-Off-Veranstaltung. Vernetzung für junge
 GEWler*innen aus den Ost-Bundesländern.
 Fragen u. a.: Was interessiert vor Ort? Was
 sind gemeinsame Themen? Welche Strukturen
 braucht es, um Selbstorganisierung nachhaltig zu
 ermöglichen?
- 1. Mai-Demos überall!
- 5. bis 7. Mai: Social-Media-Skill-Sharing-Seminar von GEW und freier zusammenschluss von studentinnenschaften (fzs). Wir bereiten unsere anstehende Kampagne #BaustelleBildung vor. Themen u. a.: Wie geht Social-Media-Arbeit? How to TikTok? Und wie wollen wir unsere Forderungen am besten platzieren? Sei auch Du dabei!
- 12. bis 14. Mai: Streikkonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit Hochschulvernetzungspanel
- 26. bis 30. Juni: Konferenz aller Lehramtsstudierenden (Koala) in Rostock

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Hauptvorstand, Postfach 900409, 60444 Frankfurt am Main Tel.: 069 78973-0, Fax: 069 78973-103 E-Mail: info@gew.de, Internet: www.gew.de Redaktion: Dr. Andreas Keller (V. i. S. d. P.), Dana Dülcke, Niklas Lehrke, Henning Tauche, Dagmar Thiel Lektorat: Andrea Vath Gestaltung: Werbeagentur Zimmermann GmbH, 60431 Frankfurt am Main April 2023